



Baden-Württembergischer
Handwerkstag e.V.
Heilbronner Straße 43
70191 Stuttgart

Zusammenschluss sämtlicher
Organisationen des Handwerks
von Baden-Württemberg



Pressemitteilung 03.04.2019, Nr. 28

Elektromobilität: In puncto Infrastruktur braucht es klare Vorgaben

Der Baden-Württembergische Handwerkstag (BWHT) hat ein Positionspapier zur Elektromobilität verabschiedet. Zentrale Forderungen sind die Festschreibung der Leitungsladeinfrastruktur für Neubauten in der Landesbauordnung, die zügige Ertüchtigung der Infrastrukturkomponenten bei bestehenden Gebäuden, höhere Investitionen in die Infrastruktur sowie die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips im Wohneigentumsgesetz des Bundes.

„Wir sehen in der Elektromobilität eine zentrale Technologie, um besonders in Großstädten CO₂- und NO_x-Emissionen und Lärmprobleme zu reduzieren. Damit Elektromobilität alltagstauglich werden und nachhaltig genutzt werden kann, müssen zunächst die Voraussetzungen dafür stimmen. Denn aktuell ist die fehlende Infrastruktur einer der größten Hemmschuhe – vom Versorgungsstromnetz über die Ladeeinrichtungen bis hin zu fehlenden Voraussetzungen in Gebäuden“ erläutert Landeshandwerkspräsident Rainer Reichhold die Notwendigkeit der Forderungen.

So sei es für das Handwerk als zentralem Akteur beim Ausbau der Elektromobilität nicht nachvollziehbar, dass in der Novelle der Landesbauordnung Anforderungen zum Errichten der Ladeinfrastruktur fehlen. Reichhold: „Die Politik setzt auf Elektromobilität. Dann sollte sie dafür notwendige Ausbaumaßnahmen auch effizient, frühzeitig und kostenbewusst fördern. Durch eine verbindliche Basisinfrastruktur könnte vermieden werden, dass spätere Umsetzungen aufwändiger und kostenintensiver ausfallen, weil beispielsweise Leerrohre für Leitungen fehlen.“

Hinzu komme, dass die EU-Gebäuderichtlinie vom 30. Mai 2018 bereits verpflichtende Vorgaben zum Ausbau der Leitungsladeinfrastruktur sowohl für Nichtwohngebäude als auch für Wohngebäude enthält. Umsetzungsfrist für die Mitgliedsstaaten ist der 10. März nächsten Jahres.

Auch das Einstimmigkeitsprinzip im Wohneigentumsgesetz des Bundes sei eine große Hürde und kontraproduktiv für den angestrebten Ausbau der Elektromobilität. „Wollen wir bei der Ladeinfrastruktur im Gebäudebestand vorwärts kommen, muss es durch das Mehrheitsprinzip ersetzt werden“, so Reichhold abschließend.

Das vollständige Positionspapier finden Sie unter: www.bwht.de/positionspapiere

Telefon: 0711 263709-0
Telefax: 0711 263709-100
E-Mail: info@handwerk-bw.de
www.handwerk-bw.de

Ansprechpartnerin für die Redaktion
Marion Buchheit
Pressesprecherin
Telefon: 0711 263709-105

Ansprechpartnerin zum Thema
Dr. Antje Vogel-Sperl
Umwelt- und Energiepolitik
Telefon: 0711 263709-158